

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Rieser,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 82.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner bezüchlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonten:
Dresden 1522,
Girokonten:
Rieser Nr. 82.

Nr. 178.

Sonnabend, 27. Juli 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Porto. Für den Rest des Jahres von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Tagespreise für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 1 mm hohe Anzeigenspalte (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Werbeanzeige 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kupfdruck, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Wörter an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Wilmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Rücktritt des französischen Kabinetts. Poincaré zurückgetreten.

Ulltz zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. — Stinnes freigesprochen. Rückreise der „Bremen“ nach Europa.

Rücktritt des französischen Kabinetts.

Paris. (Funkdruck.) Auf Grund des Beschlusses des gestrigen Kabinetts hatten die Minister Briand und Barthou sich heute vormittag nach 9 Uhr zu Poincaré begeben, um ihn zu ersuchen, seinen Rücktrittsdemissionen rückgängig zu machen. Da Poincaré seine Demission anrechterte, haben die Regierungsmitglieder im Laufe des heutigen Ministerrates dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts überreicht.

Präsident Doumergue hat daraufhin in der üblichen Weise sofort seine Besprechungen zur Lösung der Krise mit der Berufung der Präsidenten von Kammer und Senat begonnen. Er gedenkt, wie Poincaré erzählt, in der Lage zu sein, im Laufe des Tages diejenige politische Persönlichkeit zu berufen, der er die Übernahme der Kabinettsbildung anbieten will. Man rechnet, wie schon gestern erklärt wurde, mit der Möglichkeit, daß der Ruf des Präsidenten an Briand ergehen wird.

Paris, 26. Juli. (Telunion.) Ministerpräsident Poincaré richtete am Freitag abend an den Staatspräsidenten Doumergue ein Schreiben, in dem er dem Staatspräsidenten den Vorschlag unterbreitete, angesichts seiner Erkrankung und einer notwendig werdenden Operation, die ihn für zwei bis drei Monate arbeitsunfähig mache, ihn seines Amtes zu entheben und einen Nachfolger zu ernennen.

Hierauf trat sofort ein Kabinettsrat im Außenministerium zusammen. Der Kabinettsrat, der bis 23 Uhr tagte, erteilte dem Herrschenden Ministerpräsidenten Justizminister Barthou und dem Außenminister Briand den Auftrag, Poincaré die Jünglings- und die Compagnie des Kabinetts zum Ausdruck zu bringen und ihn zu ersuchen, nach seiner Wiederherstellung wieder an die Spitze der Regierung zu treten. Barthou und Briand begaben sich darauf zu Poincaré, um sich ihres Auftrages zu entledigen. Man erwartet, daß Briand das neue Kabinetts bilden wird.

Die Demarche bei Poincaré.

Paris. (Funkdruck.) Die Minister Briand und Barthou haben heute vormittag den Ministerpräsidenten aufgesucht, um die angekündigte Demarche bei ihm zu unternehmen, die ihn bewegen sollte, seine Rücktrittsdemission aufzugeben. Im Anschluß an den Besuch begaben sich die beiden Minister sofort in den Ministerrat, um über die Unterredung zu berichten.

Bestürzung in Paris.

Paris. (Telunion.) Die Nachricht von dem Rücktrittsgesuch Poincarés, die in den späten Abendstunden sich wie ein Lauffeuer verbreitete, hat in Paris große Bestürzung hervorgerufen. Schon während der letzten Tage waren Gerüchte über eine Verschlimmerung im Bestehen des Ministerpräsidenten im Umlauf, die trotz des Dementis aus der Umgebung Poincarés besonders auf die Pariser Börse ihren niederdrückenden Eindruck nicht verfehlten. Die Tatsache, daß die letzte Entscheidung über die Notwendigkeit der Operation erst am Dienstag kommender Woche fallen soll und die Rückkehr eines der Poincarés behandelnden Arztes abgewartet werden muß, läßt jedenfalls den Schluß zu, daß keine Gefahr für das Leben des Ministerpräsidenten besteht. Soweit sich bis jetzt feststellen läßt, läßt der Rücktritt Poincarés auf der französischen Öffentlichkeit wie ein Alibi. Die Erregung ist groß. Es fehlt zwar nicht an Stimmen, die das Rücktrittsgesuch neben Gesundheitsrückfällen mit der gespannten innerpolitischen Lage und namentlich der äußerst schwachen Mehrheit von 8 Stimmen für die Ratifizierung der Schuldenabkommen in der Kammer in Zusammenhang bringen und erklären, Poincaré habe seinen Rücktritt nur bis zum Beginn der Parlamentsferien verschoben, um die Ratifizierungsangelegenheit in Kammer und Senat durchzubringen. Es ist unbestreitbar, daß die politische Lösung der für Frankreich so heiklen und durch die Versammlung- und Straßenpropaganda der früheren Kriegsteilnehmer noch mehr erschweren Fragen der Schuldentilgung zum größten Teil das eigene Verdienst Poincarés ist, ohne dessen persönlichen Ansehen die Rechte nicht für die Schuldentilgung zu haben gewesen wäre.

In der Frage der endgültigen oder auch nur vorläufigen Nachfolge Poincarés wird man wohl erst nach dem auf Sonnabend vormittag einberufenen Ministerrat

klarer sehen können. Immerhin herrscht aber im allgemeinen die Meinung vor, daß Briand mit der verantwortlichen Gesamtleitung der Regierungsgeschäfte betraut werden wird und dies besonders mit Rücksicht auf die in Aussicht stehenden innerpolitischen Verhandlungen. Es war aufgefalle, daß Briand bei seiner Schlußrede in der Kammer sich vor allem an die Linke gemandt hatte, um deren Befürchtungen über den außenpolitischen Kurs Frankreichs, die durch die Wiederkehr des sich etwas schamhaft hinter den republikanischen Sozialisten verborgenden nationalen Blodes ausgelöst waren, zu zerstreuen.

Man fragt sich nun, ob es Briand ohne die Rückkehr Poincarés gelingen wird, der jetzigen Kammermehrheit die Annahme des Youngplans und insbesondere die vorzeitige Räumung des Rheinlandes abzurufen und ob Briand angesichts der innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs nicht weit eher geneigt sein dürfte, der öffentlichen Meinung Ingeheimnisse zu machen und dem Druck der Rechtsparteien und ihres Vertreters im Kabinetts zu erliegen.

Inwieweit die Hoffnungen gewisser Kreise sich erfüllen können, daß nun nach dem Rücktritt Poincarés der Zeitpunkt zur Umbildung des Kabinetts etwa durch Einbeziehung der Radikalsozialisten gekommen sei, können erst die Ereignisse der nächsten Tage und Wochen zeigen. Immerhin soll auch Poincaré schon unter der Hand eine Umbildung des Kabinetts in der angelegten Richtung versucht haben, wobei er aber auf den Widerstand der radikalsozialistischen Partei gestoßen sein soll, die ihre Mitglieder nicht in ein von der Rechten beherrschtes Kabinetts eintreten lassen will.

Zum Rücktritt Poincarés.

Berlin. Der französische Ministerpräsident Poincaré, den eine schwere Erkrankung zum Rücktritt gezwungen hat, wurde 1860 geboren. Nachdem er mit 34 Jahren zum ersten Mal Minister geworden war, bildete er 1912 sein erstes Kabinetts, in dem er das Ministerium des Inneren übernahm. Schon im Januar 1913 trat er jedoch zurück, nachdem er inzwischen zum Präsidenten der französischen Republik gewählt worden war. Als nach dem Abzug während der Konferenz in Cannes im Januar 1922 Briand zum Rücktritt genötigt wurde, übernahm Poincaré wieder die Bildung des Kabinetts. In zahlreichen Reden unterstrich er seine Politik der Innerlichkeit. Im Januar 1923 führte er die Befreiung des Ruhrgebietes durch. Seine Stellung in Frankreich befestigte sich sogar, als er im März 1924 infolge einer Inzidenzentscheidung zurücktrat und sofort ein neues Kabinetts zu bilden beauftragt wurde. Die Wahl vom Mai 1924 hatte jedoch seinen Rücktritt im Juni 1924 zur Folge. Sein Nachfolger wurde Herriot. Als im Sommer 1926 mehrere Kabinettsversuche zur Rettung des Franken mißglückten, bildete er im Juli sein viertes Kabinetts. Hatte Poincaré schon 1927 bei den Beratungen der Beamtengehälter mit den Radikalen Schwierigkeiten gehabt, so wuchsen diese Schwierigkeiten bei den Haushaltsberatungen des Sommers 1928, bis im November desselben Jahres die Krise eintrat und Poincaré darauf mit dem Gesamtkabinetts zurücktrat. Aber schon drei Tage später wurde er mit der Neubildung der Regierung wieder beauftragt, die unter Aufhebung aller linksstehenden Elemente dann wieder zustandekam.

Sturm in der Kammer.

Die Regierung schiebt das Haus in die Ferien.

Paris. (Telunion.) In der französischen Kammer gab es am Freitag abend eine große Ueberraschung, als zum Schluß der Aussprache der Vorrede der Finanzkommission, der Radikalsozialist Malvy, den Antrag stellte, die Regierung solle sich am kommenden Freitag zur Frage der Steuerermäßigung äußern. Obwohl noch eine Reihe von anderen Anträgen für die nächsten Tage in Aussicht genommen war, u. a. eine sozialistische über eine allgemeine Amnestie, beschloß Justizminister Barthou die Tribüne und verließ, ohne den Abgeordneten Malvy einer Antwort zu würdigen, den Erlass der Regierung, der die Kammer auf Monate in die Ferien schiebt. Die Empörung über diesen Gewaltakt der Regierung, die eine anscheinend unangenehme Rücksprache vermeiden will, war allgemein. Ordnungsgemäß mußte die Kammer nach 10 Minuten

erneut zusammentreten, um das Protokoll der letzten Sitzung zu billigen, bevor sie in die Ferien geht. In dieser Sitzung, die eine knappe Viertelstunde dauerte, gab es einen wahren Sturm. Es handelte sich um Angriffe gegen die Regierung. Beschlossen wurde, über die Annahme des Protokolls der letzten Sitzung namentlich abzustimmen. Die Abstimmung begann sofort.

Die Kammer lehnt das letzte Sitzungsprotokoll ab.

Paris. (Telunion.) Die Abstimmung über das Protokoll der letzten Sitzung in der Kammer hatte ein überraschendes Ergebnis. Es wurde mit 276 gegen 256 Stimmen abgelehnt. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses erschollen von zahlreichen Bänken des Hauses Zurufe, die die Regierung solle zurücktreten. Der Justizminister und die übrigen Mitglieder der Regierung hatten die Kammer bereits verlassen. Der Präsident hob die Sitzung auf und veranlaßte das Büro der Kammer, das dem deutschen Reichsdeputierten entspricht, zusammentreten und über die Sachlage zu beraten.

Der Zwischenfall in der Kammer beigelegt.

Paris. (Telunion.) Nach der Beratung des Kammerbüros trat die Kammer zu einer neuen Sitzung zusammen, in der der Vorsitzende das Haus beschwor, dem Lande kein Beispiel der Anarchie zu geben und das Protokoll der Schlußsitzung, an dem tatsächlich nichts anzufehen sei, doch noch anzunehmen. Durch Handaufheben wurde das Protokoll schließlich für gut erklärt und die Kammer ging nach diesem lächerlichen Schlußspiel in die Ferien.

Protest gegen die Schließung

des französischen Parlaments.

Paris. (Funkdruck.) Infolge der Zwischenfälle, die sich gestern abend bei der unerwarteten Verlesung des Dekrets zur Schließung der Parlamentsferien in der Kammer ereignet haben, sind auf Wunsch einer Anzahl Radikaler und Sozialisten für Sonnabend vormittag Protestaktionen dieser beiden Parteien anberaumt worden, um einen Protest gegen die Schließung der Kammer anzukündigen. Der radikale Abg. Leon Renner sammelt unter seinen Kollegen Unterschriften, um die Wiederöffnung der Parlamentsferien durchzusetzen, die erfolgen muß, wenn die Hälfte aller Abgeordneten es verlangt. Durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse, die die Notwendigkeit einer neuen Kabinettsbildung ergeben können, wird die Aktion der 4 Linksparteien wahrscheinlich insofern eine Wendung erfahren, als das neue Ministerium für das Vorgehen des Justizministers Barthou in der gestrigen Kammerbesitzung selbstverständlich nicht verantwortlich gemacht werden kann, wodurch, dann der Protest hinfällig werden würde.

Befriedigung in Washington über das Inkrafttreten des Kellogg-Battes.

Washington. Im Staatsdepartement wurde der großen Freude und Befriedigung über die Glückwünschtelegramme Ausdruck verliehen, die von den ausländischen Regierungen anlässlich des Inkrafttretens des Kellogg-Battes eingetroffen sind. Die Zeitungen veröffentlichten die Telegramme Hindenburgs und Stresemanns an führender Stelle mit großen Ueberschriften. Die Regierung hat alle Signatarmächte des Kellogg-Battes offiziell von dem Inkrafttreten des Vertrages in Kenntnis gesetzt. Die französische Regierung wurde von der Benachrichtigung der Sowjetregierung erlucht, die britische Regierung um Mitteilung an Australien, Neuseeland, die japanische Regierung um Mitteilung an die japanische Regierung hat den Kellogg-Batt mit dem Namen ihrer Kaiserin ratifiziert, da nach der japanischen Verfassung der Kaiser nicht im eigenen Namen handeln kann. Die Ratifikation der Ratifikation wird jedoch hierdurch nicht berührt.